

**Wahlprüfsteine
Planende Berufe in Deutschland
zur Europawahl 2019**

Antwort der Freien Demokraten

1. Die Freiberuflichkeit im Binnenmarkt sichern, Qualität und Verbraucherschutz stärken

Wie stärken Sie die Stellung des freien Berufs im europäischen Binnenmarkt?

Wir Freie Demokraten wollen die Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Freie Berufe und Selbstständige sichern und erleichtern. Dies ist Grundlage eines fairen Wettbewerbs in Europa. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) haben sich bei freien Berufen unterschiedliche Systeme von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Insbesondere die in Deutschland herrschenden hohen Standards beim Verbraucherschutz und der Qualifikation dürfen nicht ausgehöhlt werden. Deshalb werden wir bei Rechtsakten der EU für eine Sicherung dieser Aspekte eintreten.

Wie wollen Sie sich für das Kammersystem sowie die berufsständische Selbstverwaltung auf europäischer Ebene einsetzen?

Von besonderer Bedeutung ist für uns Freie Demokraten die Beibehaltung der freiberuflichen Selbstverwaltung, der Versorgungswerke sowie der Erhalt der HOAI. Hierfür werden wir uns auf europäischer Ebene einsetzen.

Wie unterstützen Sie das Anliegen nach Qualitätssicherung und Verbraucherschutz bei Berufszugang und Berufsausübung?

Wir Freie Demokraten kritisieren, dass die freiberufliche Selbstverwaltung in Form der Kammern auf der europäischen Ebene zunehmend infrage gestellt wird. Das in Deutschland etablierte Kammersystem ist ein herausragendes Beispiel, wie Qualitätssicherung und Verbraucherschutz durch die Kammern sichergestellt werden. Zusätzliche Regulierung durch den Gesetzgeber wird dadurch obsolet. Als Freie Demokraten sprechen wir uns deshalb gegen Eingriffe der EU in die Selbstverwaltung und Selbstkontrolle der Kammern aus.

2. Ausbildung für alle Fachrichtungen der Architektur und Planung auf hohem Niveau sichern

Werden Sie sich bei der Novellierung der Berufsanerkenntnisrichtlinie für die Anhebung der Mindestqualifikation für Architekten auf den weltweit anerkannten Standard von fünf Jahren

zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit sowie für eine adäquate Qualifikation der Ingenieure einsetzen?

Wie werden Sie die Forderung der Planer nach einem System der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen auf einem hohen Ausbildungsniveau unterstützen?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freien Demokraten engagieren uns für einen europäischen Binnenmarkt und treten für eine umfassendere wechselseitige Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen ein. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass Qualitätsunterschiede in der Ausbildung an Bedeutung verlieren. Die Ausbildung von Architekten und Ingenieuren in Deutschland hat sich bewährt und genießt international Anerkennung. Im Rahmen der Harmonisierung dürfen diese Standards nicht aufgegeben werden. Ein Standard von fünf Jahren akademischer Ausbildung zuzüglich einer zweijährigen Praxiszeit bei Architekten sichert eine hohe Qualität, mindestens sind aber vier Jahre Vollzeitstudium bei der akademischen Ausbildung notwendig.

3. Den Marktzugang kleiner und mittelständisch organisierter Planungsbüros fördern

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die Existenz von Planungsbüros, die mehrheitlich KMU sind, zu sichern?

Wie wollen Sie dazu beitragen, dass der europäische Markt von Planungsbüros im KMU-Segment besser erschlossen werden kann?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Im Vergleich zu Großunternehmen stellen bürokratische Vorgaben für den Mittelstand eine besondere Belastung dar. Wir begrüßen daher die formelle allgemeine Anerkennung des „Think Small First“-Prinzips, wollen es jedoch in der Praxis stärker zur Geltung bringen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Regulierungen auf einer unabhängigen und transparenteren Folgenabschätzung basieren und der KMU-Test auf europäischer Ebene verpflichtend angewendet wird. Um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und ihre Finanzierungsmöglichkeiten sicherzustellen, wollen wir bestehende Förderprogramme wie „Horizont 2020“ und das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) beibehalten und weiterentwickeln.

Die Einführung der neuen digitalen Arbeitsmethode Building Information Modeling (BIM) stellt die vielen kleinen Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros ebenfalls vor Herausforderungen. Hier sind insbesondere gemeinsame Schnittstellen und Standards erforderlich, um Markteintrittsbarrieren für KMU zu verhindern. Zudem ist eine Roadmap erforderlich, die effiziente und abgestimmte Maßnahmen zur Flankierung dieses technologischen Umbruchs gemeinsam mit den Freien Berufen vorantreibt.

Wie werden Sie den Zugang von KMU zu Vergabeverfahren fördern? (s. auch Ziff. 4)

Setzen Sie sich für das Anliegen ein, die Beantragung von EU-Fördermitteln für KMU und Kleinunternehmen zu erleichtern?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind von bürokratischen Anforderungen besonders betroffen. Diese binden nicht nur enorme Ressourcen, sondern verhindern in manchen Fällen die Teilnahme an Vergabeverfahren gänzlich. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Unternehmer wieder mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben erhalten. Dazu fordern wir auf europäischer Ebene einen Normkontrollrat, der unter anderem auch unnötige Hürden bei der Teilnahme an Vergabeverfahren, aber auch im Rahmen von Antragsverfahren für EU-Fördermittel kritisch betrachten soll.

Wir Freie Demokraten halten es zudem für wichtig, bestehende europäische Gesetze und Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Das vermeidet unnötigen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung einer „One in, two out“-Regelung mit Blick auf die daraus entstehende Belastung ein, um die immer zahlreicher werdende EU-Gesetzgebung bürokratieärmer zu gestalten. Für jede zusätzlich beschlossene Regulierung beziehungsweise Belastung müssen in doppeltem Umfang Belastungen abgeschafft werden.

4. Vergabe öffentlicher Aufträge qualitätsorientiert gestalten – Planungswettbewerbe stärken

**Wie unterstützen Sie das Anliegen, in Europa eine qualitätsorientierte Vergabe zu fördern?
Was würden Sie unternehmen, um den Planungswettbewerb als Vergabeinstrument zu stärken?**

Würden Sie den Zugang von Berufsanfängern und kleineren Büros zu Vergabeverfahren fördern?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Qualität einer Vergabe ist in hohem Maße von der Kompetenz der jeweiligen Vergabestelle abhängig. Hierfür sind die Rahmenbedingungen in den jeweiligen Kommunen von hoher Bedeutung. Als Freie Demokraten sehen wir in der Digitalisierung der Verwaltung enormes Potential, um Vergabeverfahren geordneter und damit qualitätsorientierter durchführen zu können. Auch Planungswettbewerbe spielen dabei eine wichtige Rolle, da damit ein gut strukturiertes und transparentes Vergabeverfahren gewährleistet werden kann. Hiervon profitieren insbesondere kleinere Planungsbüros. Auch der Abbau von überzogenen Anforderungen und Nachweisen für die Teilnahme an Wettbewerben würde es kleineren Planungsbüros ermöglichen, sich mit guten Konzepten am Markt zu positionieren. Zudem sehen wir Freien Demokraten in Planungswettbewerben ein Vergabeinstrument, das kreative Lösungen fördert und damit auch einen Beitrag zur Baukultur leisten kann. Wir treten außerdem dafür ein, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Start-ups durch eine Anpassung des Vergaberechts zu erleichtern.

5. Praxisgerechte Normung erreichen

Unterstützen Sie uns in unserem Anliegen, die Normenflut einzudämmen und Marktrelevanz sowie Wirtschaftlichkeit von Normen sicherzustellen?

Was werden Sie unternehmen, um ein praxisgerechtes, widerspruchsfreies und konsistentes Normenwerk zu erhalten, das im Konsens der davon betroffenen Kreise gestaltet ist?

Wir Freien Demokraten verfolgen aktuelle Bemühungen zur Reduktion und Vereinheitlichung von Standards und Normen mit großem Interesse. Von besonderer Bedeutung ist für uns dabei die Gewährleistung von konsistenten und widerspruchsfreien Regelungen, die neben den technischen Anforderungen auch ökonomische Belange berücksichtigen müssen. Hier sind in erster Linie die Fachleute der Verbände, Wirtschaft, Wissenschaft und Planer in der Verantwortung praxisgerechte Lösungen im Normgebungsverfahren zu formulieren. Sofern Entscheidungen auf politischer Ebene Unterstützung benötigen, werden wir Freien Demokraten immer für eine sachgerechte, rechtssichere und anwendungsfreundliche sowie unbürokratische Lösung kämpfen.

6. Digitale Entwicklung in der Planungs- und Baubranche fördern

Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die gesetzlichen Schutzrechte für digitale Arbeitsergebnisse anzupassen?

In der Praxis wird es durch das digitale Planen und Bauen oberflächlich betrachtet zwar vermehrt zu einem Verwischen zwischen den Arbeiten verschiedener Akteure an einem digitalen Projekt kommen. Es ist keine Frage, dass mehr als bisher „Hand in Hand“ gearbeitet wird. Tatsächlich aber kann die Software besser denn je festhalten, wer welchen Beitrag geleistet hat. Einen prinzipiellen Unterschied, ob ein Werk mit oder ohne BIM von mehreren Urhebern erstellt wird, gibt es nicht. Zudem ist es durch die Anwendung von BIM prinzipiell einfacher, auch komplexere Modelle auf andere Bauprojekte zu übertragen und sich so die Planungskosten bei der zweiten Verwertung zu sparen. Es ist daher wichtiger denn je, dass sich Auftraggeber und Auftragnehmer individualvertraglich auf klare Regelungen für Nutzungsrechte einigen.

Für die Zukunft gilt es, noch offene Fragen zu klären, inwieweit der Schutz geistigen Eigentums für Bauwerksdatenmodelle verbessert werden muss, etwa mit Blick auf die Verwendung der Daten.

Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, die systematische Qualitätssicherung des digitalen Planungsprozesses zu fördern?

Die EU BIM Task Group hat im Auftrag der Europäischen Kommission ein Handbuch entwickelt, das sehr klar beschreibt, wie eine hohe Qualität im Planen und Bauen durch die Einführung von BIM erreicht werden kann. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, diese Hinweise zu beherzigen und umzusetzen. Anschließend muss geprüft werden, wie wir noch höhere Niveaus erreichen können.

Im Europäischen Parlament werden wir Freien Demokraten dafür Sorge tragen, dass dieser Prozess, der von der EU BIM Task Group in den letzten Jahren in einer vorbildlichen Weise vorangetrieben wurde, jetzt nicht einschläft. Bemerkenswert ist, dass dabei vor allem die Briten eine führende Rolle gespielt haben. Das heißt für uns zweierlei: Erstens muss sich Deutschland, also auch die deutsche Bundesregierung, in Zukunft mehr als bisher einbringen und zweitens dürfen

wir die hervorragenden Kontakte nach Großbritannien in diesem Themenbereich nicht verlieren.

Welche Initiativen planen Sie, um den Einsatz von digitalen Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz zu steuern?

Wir Freie Demokraten sehen im Einsatz digitaler Arbeitsmethoden und Künstlicher Intelligenz (KI) große Chancen für die Planungs- und Baubranche. Gerade das Building Information Modeling wird das Planen, Bauen und den Gebäudebetrieb revolutionieren. Allerdings müssen die vielen kleinen Architektur-, Ingenieur- und Planungsbüros bei der Einführung der neuen digitalen Arbeitsmethoden unterstützt werden. Insbesondere sind gemeinsame Schnittstellen und Standards erforderlich, um Markteintrittsbarrieren für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu verhindern. Im Bereich der KI fordern wir die Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie mit der Erarbeitung von zukunftsweisenden Prinzipien zu rechtlichen, gesellschaftlichen und ethischen Fragen.

7. Klimaschutz, Energieziele und Klimaanpassungen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten

Wie werden Sie den Einsatz von erneuerbaren Energien, nachhaltigen Materialien und die Berücksichtigung der Grauen Energie im Bausektor unterstützen?

Wir Freie Demokraten stehen für eine technologieoffene Energie- und Klimaschutzpolitik. Für uns ist klar, dass es sich dabei um eine weltweite und branchenübergreifende Aufgabe handelt. Sektoral und regional isoliert gesetzte Ziele zur Emissionsminderung machen wenig Sinn, damit gepaarte Subventionen und staatliche Verbote und Vorschriften konterkarieren sogar oft die Ziele. Deshalb lehnen wir auch den verpflichtenden Einsatz von erneuerbaren Energien oder bestimmter Produkte und Rohstoffe ab. Stattdessen wollen wir innovative und nachhaltige Technologien durch eine gezielte Forschungsförderung konkurrenzfähig machen und somit helfen, diese am Markt zu platzieren.

Wie würden Sie Ansätze des ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen sowie mit Rohstoff- und Energiequellen stärken?

Wir Freien Demokraten setzen uns auch weiterhin für das Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung ein. Deshalb unterstützen wir Maßnahmen zur Nachverdichtung bestehender Quartiere und zum ressourcenschonenden Umgang mit der Fläche. Große Potentiale sehen wir dabei in der Dachaufstockung und dem Dachausbau durch deren Hilfe wir nicht nur zusätzlichen Wohnraum in den Städten schaffen wollen, sondern auch zusätzlich bestehende Bausubstanz nutzen und somit Ressourcen schonen.

Wie werden Sie die Handlungsfelder Klimaanpassung und Grüne Infrastruktur in die Städte- und Förderpolitiken der EU integrieren

Die Europäische Kommission hat bereits in der Vergangenheit eine Vielzahl an Projekten zur Klimaanpassung und zur Verbesserung der Grünen Infrastruktur unterstützt. Ideen wie die eines transeuropäischen Netzwerks Grüner Infrastruktur sollen auch weiterhin im Rahmen der EFRE-Förderung finanziell unterstützt werden. Zudem sehen wir Freien Demokraten in der Forschungsförderung einen wichtigen Baustein, um geeignete Maßnahmen zur Anpassung der gebauten Umwelt und der Natur an die sich im Zuge des Klimawandels verändernden Lebensbedingungen zu entwickeln. Die Forschungsförderung muss deshalb nach unserer Ansicht ein zentraler Teil der Förderpolitik der EU sein.

8. Intelligente Technologien im Gebäudebereich sinnvoll einsetzen

Wie kann das Europäische Parlament entsprechende Initiativen der Kommission unterstützen?

Welche Strategien sind geplant, um sinnvolle digitale Techniken in Gebäuden zu fördern?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Digitalisierung des Gebäudesektors bietet sowohl den Nutzern als auch den Eigentümern zahlreiche Vorteile. Grundvoraussetzung für den Einsatz vernetzter und intelligenter Technologie im Gebäudesektor sind leistungsfähige Kommunikationsnetze. Deswegen wollen wir die europäische Glasfaserinfrastruktur und den Ausbau der 5G-Funktechnologie in der Fläche mithilfe der Connecting Europe Facility vorantreiben. Dazu soll der EU-Haushalt Sofortmaßnahmen der Mitgliedstaaten fördern. Zur Finanzierung des europaweiten Glasfaserausbau und des Infrastrukturaufbaus sollte der europäische Haushalt dort, wo nationale Anstrengungen nicht ausreichen, Mittel für den europaweiten Ausbau bereitstellen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass beim Aufbau moderner Datennetze Datensicherheit und Netzintegrität garantiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden.

Wir Freie Demokraten wollen zudem bessere europäische Rahmenbedingungen für Start-ups und sonstige Gründerinnen und Gründer erreichen, weil Unternehmergeist, Innovation und Digitalisierung nicht an Ländergrenzen enden dürfen. Dazu fordern wir europäische Digital-Freiheitszonen. Sie haben im Hinblick auf regulatorische Maßnahmen einem höheren Freiheitsgrad, unterliegen europäischem Recht und bieten besonders günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, um die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Unternehmen zu erleichtern. Zudem treten wir für eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen ein. Diese soll radikale und disruptive Innovationen (Sprunginnovationen) befördern, indem sie koordiniert und Rahmenbedingungen für Innovation verbessert. Sie soll ein außerordentlich hohes Maß an Unabhängigkeit von politischer Steuerung und Kontrolle erhalten sowie eine große Flexibilität beim Management ihrer Programme. Der Schwerpunkt ist auf eine schnellstmögliche Prototyp-Entwicklung zu legen.

9. Baukultur stärken und Grundsätze einer integrativen und nachhaltigen Stadtentwicklung berücksichtigen

Wie kann das Europäische Parlament dazu beitragen, das Prinzip einer hochwertigen Baukultur im Sinne der Davos-Erklärung in den relevanten Politikbereichen zu verankern?

Wie kann das Kriterium der Qualität der baulichen Umwelt und der Qualifizierung der hierfür erforderlichen Fachleute Ihrer Meinung nach besser in die Vergabe von EU-Fördermitteln aus den Fonds der Kohäsionspolitik und die Genehmigung von entsprechenden Programmen und Projekten fest eingebunden werden?

Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Europäische Parlament, um die Ergebnisse der EU-Städteagenda (Pakt von Amsterdam) in die zukünftige Gestaltung der europäischen Politiken einfließen zu lassen?

Die Fragen werden im Zusammenhang beantwortet.

Auch wir Freie Demokraten begrüßen, dass durch die Davos-Erklärung eine hochwertige Baukultur international an Bedeutung gewinnt. Angesichts aktueller Entwicklungen wie steigende Urbanisierung, Ausdünnung einiger ländlicher Räume, demografischer und technologischer Wandel, steigender Mobilität etc. muss Baukultur immer mehr sektorübergreifend und interdisziplinär gedacht und realisiert werden.

Baukultur wird vor Ort entschieden. Deshalb tragen die Verantwortlichen von Politik und Verwaltung in den Kommunen auch diesbezüglich eine hohe Verantwortung. Die Einbindung aller an einer klugen Stadtentwicklung Interessierten in die Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungsprogramms und der dafür erforderliche Einsatz der zur Verfügung stehenden Städtebaufördermittel sind wichtige Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels. Zudem setzen wir uns dafür ein, auch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bei wichtigen Bauvorhaben bereits im Planungs- und auch im Bauprozess frühzeitig einzubinden.

Wir begrüßen es, wenn über europäische Initiativen der Austausch von Erfahrungswerten und Konzepten zum Erreichen einer hohen Baukultur unterstützt wird. Zugleich erfordert das Ziel einer anspruchsvollen Baukultur es auch, dass den Architekten und Ingenieuren genügend Raum für kreatives Bauen gelassen wird. Beispielsweise halten wir überzogene Standards seitens europäischer oder nationaler Politik mit kleinteiligen technischen Vorschriften, etwa zur Energieeffizienz, nicht für zielführend. Hier setzen wir stattdessen auf Technologieoffenheit über die Sektorgrenzen hinweg.

Baukultur, historisches Kulturerbe und der Denkmäler sind als Zeitzegen der europäischen Geschichte auch identitätsstiftend für die Menschen in Europa. Wir setzen uns daher dafür ein, dass diese Errungenschaften erhalten und gepflegt werden. Wir fordern beispielsweise die Einführung eines europaweiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum Schutz des europäischen Kulturerbes. Dieser Fonds soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz engagierenden Organisationen fördern und diese europaweit miteinander vernetzen. Die Gewinnung von privaten und institutionellen Mitgliedern soll dabei in ganz Europa mit besonderem Nachdruck verfolgt werden.

10. Bessere Rechtsetzung durch verstärkte Transparenz, Klarheit und Beteiligung erreichen

Wie werden Sie zu einer besseren Rechtsetzung auf EU-Ebene und mehr Praxisnähe beitragen?

Wir stimmen Ihnen zu, dass die Einbeziehung von Betroffenen von großer Bedeutung ist, um Praxisbezug der Rechtssetzung zu gewährleisten. Für mehr Praxisnähe halten wir es außerdem für wichtig, bestehende europäische Gesetze und Regelungen regelmäßig zu überprüfen. Ein unkompliziertes Europa sollte überkommene Vorschriften und damit verbundene Bürokratie abschaffen. Das vermeidet unnötigen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene für die Einführung einer „One in, two out“-Regelung mit Blick auf die daraus entstehende Belastung ein, um die immer zahlreicher werdende EU-Gesetzgebung bürokratieärmer zu gestalten. Gesetze und Verordnungen sollen nach Möglichkeit durch eine Auslaufklausel (nach dem Vorbild der „Sunset-Klausel“, zum Beispiel in den USA) mit einem Ablaufdatum beschlossen werden. Wir begrüßen, dass die Kommission grundsätzlich eine kritische Folgenabschätzung für neue EU-Vorhaben durchführt, bemängeln aber, dass dieser wichtige Schritt aus politischen Gründen manchmal entfällt. Auch während des EU-Gesetzgebungsprozesses beschlossene grundlegende Änderungen sollten vom Rat und Parlament auf ihre Folgen hin geprüft werden.

Zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips wollen wir Freie Demokraten bei der Subsidiaritätsrüge im Sinne des Vertrages von Lissabon die Frist von derzeit acht auf mindestens zwölf Wochen verlängern. Um die nationalen Parlamente europafähiger zu machen, sollten sie intern verlässliche Strukturen aufbauen, die ihnen eine effektive Nutzung der Subsidiaritätsinstrumente ermöglicht. Außerdem wollen wir die Klagebefugnis der nationalen Parlamentskammern erweitern, damit sie auch direkt beim Europäischen Gerichtshof Klage erheben können. Ferner sollen die Parlamente nicht nur die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips, sondern auch das Fehlen einer Rechtsgrundlage rügen können. In Deutschland sollten sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat dieses Klagerecht erhalten.

Werden Sie das Anliegen aufgreifen, bei der Gesetzgebung den besonderen Charakter geistgeschöpferischer Leistungen zu berücksichtigen?

Wir Freien Demokraten stehen für den Schutz geistigen Eigentums und eine faire Entlohnung der Urheber. Dafür werden wir uns auch künftig einsetzen.

Wie unterstützen Sie die Anliegen nach mehr Transparenz und Offenheit im Gesetzgebungsverfahren?

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrates und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien (wie der Euro-Gruppe) live übertragen werden und die Protokolle dieser Sitzungen und Ratsdokumente online veröffentlicht werden. Mit mehr Transparenz erreichen wir, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten stärker als zuvor als zweite Kammer innerhalb der Europäischen Union agieren und den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher wird, wie die nationalen Positionen zu EU-Themen begründet werden und welche Gesetzgebungsverfahren ihren Alltag beeinflussen könnten. Hierbei können

auch Kammern und Verbände einen wichtigen Beitrag leisten, indem Sie frühzeitig über Konsultationsverfahren informiert und eingebunden werden.